

Autor beschäftigt sich mit dem Kreislauf der Thüringer Kulturpolitik

Ein Buch beschreibt und kritisiert Strukturen sowie Inhalte der Kulturpolitik. Sie sei zentralistisch und auf Bestandswahrung ausgerichtet

08. November 2018 / 04:15 Uhr



Kulturminister Benjamin-Immanuel Hoff (rechts) besuchte im Rahmen seiner Sommertour in diesem Jahr die Galerie „M1-Kunstzone“ in Gera. Der Minister und seine Kulturabteilung werden einer Studie zufolge als der zentrale Akteur und als einzige „Brücke zwischen Kultursparten und Akteurgruppen“ wahrgenommen. Foto: Marcel Hilbert

Erfurt. „Ignoriert, vernachlässigt oder nachrangig behandelt“ – so beschreibt Michael Flohr das kulturpolitische Feld. Dessen gesellschaftliche Relevanz werde zwar seit den 1970er-Jahren (in Westdeutschland) proklamiert, die Praxis aber zeigt demnach bis

heute etwas anderes.

Wie dieses Feld in Thüringen bestellt ist, hat der 33-Jährige, der aus Gera stammt, in den vergangenen Jahren als Doktorand an der Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Erfurt erforscht. Seine Promotionsschrift basiert auf der Auswertung von Dokumenten, auf einer Netzwerkanalyse sowie auf Umfragen und Interviews. Herausgekommen ist das Buch „Kulturpolitik in Thüringen“, dem ein starkes Erkenntnisinteresse zu eigen ist, der Wille, wirksam zu sein, aber auch.

Dafür steht die rhetorische Klammer der Arbeit: Im Vorwort hofft Flohr, „eine kontroverse Diskussion über den Transformationsbedarf des kulturpolitischen Feldes“ auszulösen, mehr als 300 Seiten später endet sein Resümee damit, man müsse „einen normativen Gegenentwurf zur gegenwärtigen, transformationsbedürftigen Kulturpolitik“ anbieten.

Mit anderen Worten: Es muss sich etwas ändern, der Kreislauf der Thüringer Kulturpolitik, wie ihn Flohr vorfand, sei aber veränderungshemmend. Zugespißt lasse sich von einer Tretmühle sprechen. So sagte er es, als die Kulturpolitische Gesellschaft sein Buch am Montagabend in der Kleinen Synagoge Erfurt vorstellte; der Berichterstatter dieser Zeitung moderierte die Diskussion dazu und, das sei der Vollständigkeit halber erwähnt, war vor zweieinhalb Jahren von Flohr auch interviewt worden.

Insgesamt identifizierte der Autor 259 kulturpolitische Akteure im Land: Ämter, Behörden, Institutionen, Verbände und Vereine, ... Aufgrund der Befragungen beschreibt er nunmehr ein zentralistisch organisiertes Netzwerk in zweifacher Hinsicht. Das Politikfeld richte sich zum einen „fast gänzlich an dem für Kunst und Kultur zuständigen Ministerium aus.“ Dem Ressortzuschnitt entsprechend ist das aktuell die Staatskanzlei, die als zentraler Akteur wahrgenommen wird sowie als „die einzige Organisation, die wahrlich als Brücke zwischen Kultursparten und Akteurgruppen intervenieren kann.“



Michael Flohr Foto: Helmut Peterlein

Zum anderen bilden Weimar und Erfurt den „kulturpolitischen Dreh- und Angelpunkt.“ Diesem Thüringer Zentrum „wird eine politische und repräsentative Aufmerksamkeit zuteil, die bei den Nichtberücksichtigten Unbehagen auslöst.“

Das betrifft die öffentliche Finanzierung; immerhin ein Viertel der Kulturausgaben des Landes geht, wenn auch nicht von ungefähr, nach Weimar. Es betrifft aber auch die Ansiedlung der Akteure, die natürlich Nähe zur Politik suchen. Ein Drittel von ihnen ist demnach in Erfurt beheimatet, ein Sechstel in Weimar. Dann folgt erst einmal lange nichts – sowie als nächstes Rudolstadt, wo die Schlösserstiftung und der Thüringer Theaterverband ansässig sind.

Mit einigem Abstand zur Staatskanzlei beschreibt die Szene Flohr zufolge schließlich weitere Akteure mit großem Einfluss: den Kulturrat als Dachverband der Spartenverbände, die Sparkassen-Kulturstiftung Hessen-Thüringen, die Klassik-Stiftung, den Museumsverband, den Landesmusikrat. Unterdessen fällt der Landtag, eigentlich das demokratische Herz, hinunter.

Das kulturpolitische Interesse der Fraktionen ist demnach stark eingeschränkt, in ihnen sei eine „schwache Stellung der Kulturpolitiker“ auffällig. So sei es zum Beispiel der SPD nicht gelungen, „den Verlust ihres letzten profilierten Kulturpolitikers Hans Jürgen Döring“ zu kompensieren, nachdem dieser den Landtag 2014 verließ – und drei Jahre später starb. Vergleichsweise hoch wird allenfalls der Einfluss von Katja

Mitteldorf (Linke) bewertet, als Mitglied der größten Regierungsfraktion.

Generell gilt Kulturpolitik aber als „Resterampe“, so Flohr auf Nachfrage am Montag. „Damit kann man keine Karriere machen.“ Abgeordnete kleiner Fraktionen beackerten zudem viele Politikfelder gleichzeitig.

Damit steht Thüringen gewiss nicht allein, gibt Michael Flohr zu. Auch wenn seine Studie eine Einordnung innerhalb Deutschlands nicht leistet, hält er einen Großteil der Erkenntnisse für übertragbar. „Die Strukturen sind in nahezu allen Bundesländern gleich.“ Es gebe aber doch unterschiedliche Prioritäten.

Jene in Thüringen liegt demnach auf kulturellem Erbe und Brauchtumspflege. Flohr beschreibt im Buch eine „protektionistische Ausrichtung der Bestandswahrung“ und formuliert im Gespräch: „Das Alte absorbiert so viele Ressourcen, dass Neues gar nicht entstehen kann.“



Michael Flohr: Kulturpolitik in Thüringen, Transcript-Verlag
29,99 EUR 8/2018, 398 Seiten ISBN 978-3-8376-4255-1 Foto: Verlag

Das hält er gleichsam für hausgemacht: „Leute, die Kritik am System üben, tauchen nicht auf, weil sie nicht Teil des Spiels sind“, sagt er. Es gebe eine hohe Abhängigkeit von öffentlichen Fördermitteln, durch die allein sich kulturpolitische Akteure überhaupt erst professionalisieren könnten. „Wer einmal in der Förderung ist, fällt nur ganz schwer wieder heraus.“ Als Vertreter tradierter Sparten sitzen sie dann in Fachbeiräte, die über die Vergabe von Projektmitteln entscheiden, auch wenn ihr Votum eine Empfehlung sein soll.

Aber „sie teilen sich jedes Jahr aufs Neue ihren eigenen Kuchen auf, und m Vorfeld weiß ein jeder schon, wie groß sein Stück sein wird.“ Im übrigen habe, wer einbezogen wird, „weniger Vorbehalte gegenüber staatlichen Entscheidungen“, so Flohr.

Er vermisst andere Logiken im System, jene etwa, „dass man mit Kultur zumindest auch eine schwarze Null schreiben kann.“ Kulturpolitik sei reine Angebotspolitik. „Nutzer des Kulturangebots werden vorwiegend als zu bildende und zu kultivierende Objekte erachtet, über und für die ausgewählte Akteure entscheiden.“

Insofern scheint Flohr marktkonformer Kulturpolitik das Wort zu reden. Allerdings ist er, in jeder Beziehung, vor allem auf mehr Ausgleich bedacht, auf ein Sowohl-als-auch.

Kulturminister Benjamin Hoff (Linke) bietet übrigens im nächsten Sommersemester ein Kulturpolitik-Seminar an Erfurts Uni an. Flohrs Buch dient dabei als Handreichung.

Michael Helbing / 08.11.18
Z0R0159557508